

---

**Ausschuss für Kultur und Sport Nr. KUL/051/2026 am 03.06.2026**

**Auszug aus der Niederschrift  
der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Sport am 03.06.2026,**

**5.4. Umsetzung der Rundbogenhalle auf das Gelände des  
Technikmuseums „Hugo Junkers“  
Vorlage: FV/007/2026/SPD**

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erläutert, dass im Ausschuss bereits ein Konsens über die Umsetzung der Rundbogenhalle bestehe. Er betont, dass die Halle als bauliches Objekt geschützt werden solle und die Möglichkeit eines Rückbaus und Wiederaufbaus gegeben sei. Bevor jedoch mit der Umsetzung begonnen werden könne, seien rechtliche Genehmigungen erforderlich. Zudem müsse ein belastbarer Kostenrahmen ermittelt werden, da derzeit keine konkreten Zahlen vorlägen. Er schlägt vor, dass die Stadt zunächst die Genehmigungsfähigkeit sicherstelle und die notwendigen Vorbereitungen treffe. Dies sei auch notwendig, um Fördermittel des Landes beantragen zu können. Herr Hartmann bringt einen Änderungsantrag ein, der vorsieht, dass die Stadtverwaltung unter dem Vorbehalt einer Landesförderung beauftragt werde, die Voraussetzungen für die Umsetzung der Halle zu schaffen.

**Herr Herbst von der CDU-Fraktion** äußert sich grundsätzlich positiv zur Umsetzung der Rundbogenhalle, schlägt jedoch vor, die Halle an den Förderverein des Technikmuseums zu übertragen. Der Verein solle sich dann eigenständig um Fördermittel bemühen, während die Stadt unterstützend tätig werde. Er kündigt an, sich bei der Beschlussfassung zu enthalten, da er die Verantwortung nicht allein bei der Stadt sehen möchte.

**Herr Diederich von der AfD-Fraktion** erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Er betont jedoch, dass die Machbarkeit, insbesondere die denkmalrechtliche Genehmigungsfähigkeit, geprüft werden müsse. Zudem fordert er einen belastbaren Kostenrahmen und eine Finanzierung durch Fördermittel von Land, Bund oder anderen Stellen. Eine zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts lehnt er ab.

**Herr Weber von der ABV-Fraktion** verweist auf die Bedeutung des Projekts im Kontext des 100-jährigen Jubiläums der Luftfahrtgeschichte und der Verbindung zu Hugo Junkers. Er kritisiert, dass die Stadt sich schwer tue, ein klares Bekenntnis zur Pflege des Erbes von Hugo Junkers abzugeben. Er fordert, dass die Stadt Verantwortung übernehme und die historischen Gegebenheiten bewahre. Er spricht sich für die Unterstützung des Antrags aus und verweist auf eine nachfolgende Beschlussvorlage, die ebenfalls von Bedeutung sei.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, geht auf den Vorschlag von Herrn Herbst ein, die Halle an den Verein zu übertragen. Er äußert Zweifel, ob der Verein die

komplexen Anforderungen des Projekts allein bewältigen könne. Er hebt hervor, dass die Stadt über das notwendige Know-how verfüge und das Vertrauen externer Akteure gewinnen könne. Die Übertragung der Halle an den Verein zur Nutzung sei nach der Umsetzung unbenommen, jedoch solle die Stadt die Verantwortung für den Standortwechsel und die Genehmigungsprozesse übernehmen.

**Herr Dr. Ing. Nothdurft von der AfD-Fraktion** weist darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag bereits eine gesonderte Beschlussfassung über die Finanzierung vorsehe. Er hält daher den Änderungsantrag für nicht zwingend erforderlich, da die Finanzierungsvorbehalte bereits im Antrag berücksichtigt seien.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, erläutert abschließend, dass der Änderungsantrag sich auf die Landesförderung für die Vorplanung beziehe, nicht auf die Umsetzung. Er betont, dass die Vorplanung erhebliche Kosten verursachen könne, die durch Fördermittel des Landes gedeckt werden sollten, um die finanzielle Belastung der Kommune zu minimieren.

#### **Aufgaben:**

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, gibt eine Änderung des Textes der Fraktionsvorlage im Punkt 2 bekannt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **unter dem Vorbehalt einer Landesförderung**, in einer ersten Stufe die Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit der Translozierung zu prüfen und herzustellen sowie die voraussichtlichen Kosten, Folgekosten und Finanzierungsmöglichkeiten zu ermitteln. Erst nach Vorlage dieser Grundlagen und einer gesonderten Beschlussfassung über die Finanzierung kann über die Einleitung der zweiten Stufe, der baulichen Umsetzung, entschieden werden.

F. d. R. d. A.

Koch  
Schriftführer

